



## Protokoll

### **11. Sitzung des Gemeinderates Montag, 21. März 2011, 19:00 Uhr, Gemeinderatssaal**

## **TRAKTANDEN**

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Ersatzwahl für die Amtsdauer 2010 - 2014  
Ersatzwahl KÖS für den austretenden Beat Roos
- 4 Wahl Parlamentssekretärin 20%
- 5 Antrag des Stadtrates betreffend Personalverordnung/  
Ausführungsbestimmungen Stadt Uster, Revision  
(Antrag Nr. 50/2010)
- 6 Antrag des Stadtrates betreffend Kleinkunsthöhle Qbus  
Übergangslösung Provisorium Standort «Kino Central»  
Brauereistrasse 2, Genehmigung Baukredit und neuer Mietvertrag  
(Antrag Nr. 51B/2010)
- 7 Antrag des Stadtrates betreffend Seestrasse 107 - Bereitstellen  
Schulraum Primarschule inkl. Fassadensanierung Genehmigung  
Baukredit  
(Antrag Nr. 53/2011)
- 8 Zwischenbericht zur Motion der Ratsmitglieder Marianne Siegrist,  
Balthasar Thalmann, Walter Meier und Werner Hürlimann betreffend  
«Einheitsgemeinde für Uster»  
(Antrag Nr. 572/2008)

**Präsenz**

Vorsitz	Jean-François Rossier, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Werner Kessler
Unentschuldigt	
Verspätet	ab Traktandum )
Presse	Christian Brüttsch, AvU Stefan Hotz, NZZ

Der Präsident begrüsst alle Anwesenden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

**Änderung der Traktandenliste / Tagesordnung**

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

## **Persönliche Erklärungen:**

- **Benno Scherrer**

*„Thema: einfache Anfrage...“*

*Als Staatskundeführer habe ich bei den parlamentarischen Instrumenten eine Lieblingskarikatur ein Politiker steht am Rednerpult und fragt die Exekutive an: "Ich hätte da eine einfache Anfrage ... was ist eigentlich mit meiner letztjährigen Interpellation passiert?"*

*Mir geht es heute um meine Anfrage "Barriereschliesszeiten" was ist eigentlich damit passiert?*

*Gemäss Geschäftsordnung des GR müsste sie in drei Monaten beantwortet sein, in Absprache mit dem Unterzeichner ist eine Verlängerung möglich...*

*Nun, die Frist ist abgelaufen - und selbstverständlich hätte ich meine Zusage zu einer Fristverlängerung gegeben (auch wenn ich nicht weiss, weshalb diese Anfrage so schwierig zu beantworten sein soll...sie greift eine gemachte Untersuchung auf, von der schon vor mehr als einem Jahr gesprochen wurde) ganz untergegangen ist die Anfrage nicht - denn auf dem Intranet steht auf der Liste zu den laufenden Geschäften, dass ich um Verlängerung angefragt werden sollte natürlich habe ich das als reger Nutzer des Intranets gesehen, ich erachte es zwar nicht als Rücksprache - aber wie gesagt, ich hätte meine Zusage ja ohnehin gegeben - und gebe sie hiermit dennoch...ein paar Fragezeichen bleiben...*

*Weshalb dauert die Beantwortung so lange?*

*Ist das Thema so heikel?*

*Gibt es einen politisch-taktischen Grund für die Verzögerung?*

*Weshalb wurde die Rückfrage vergessen?*

*Oder wie eingangs gesagt...*

*"Was ist eigentlich mit meiner letztjährigen Anfrage passiert?"*

## **1 Mitteilungen**

Der Vorsitzende verweist darauf, dass das Ratsmitglied Beat Roos heute seine letzte Gemeinderatssitzung hat und deshalb im Anschluss zum Apéro einlädt.

Weiter verabschiedet der Vorsitzende die langjährige Parlamentssekretärin Kathrin Lackner.

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14. Februar 2011 ist rechtzeitig aufgelegt. Ausser einigen kleineren orthographischen Korrekturen sind keine Beanstandungen eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

**3 Ersatzwahl Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit für den austretenden Beat Roos**

Rolf Denzler schlägt namens der IFK als Ersatz für den austretenden Beat Roos in die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit Wolfgang Harder (CVP) vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat wählt**

**einstimmig**

**Wolfgang Harder (CVP) in die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit.**

#### **4 Wahl Parlamentssekretärin 20 %**

Ratspräsident Jean-François Rossier orientiert kurz über den bisherigen Verlauf der Neubesetzung des Sekretariates Parlamentarische Dienste. Er informiert, dass sich die Geschäftsleitung nach einem persönlichen Gespräch für Frau Monika Füllemann, wohnhaft in Uster, entschieden hat.

Der Ratspräsident begrüsst Monika Füllemann auf der Tribüne.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

#### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**einstimmig**

**Monika Füllemann, Richterackerstrasse 28, Uster, wird einstimmig als Ratssekretärin für den Rest der Amtsdauer 2010/2014 gewählt.**

**5 Antrag des Stadtrates betreffend Personalverordnung/Ausführungsbestimmungen  
Stadt Uster, Revision  
(Antrag Nr. 50/2010 )**

Für die Kommission referiert Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Christioph Keller**.

*Die Mitglieder der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit haben sich anlässlich ihrer Sitzung vom 31. Januar 2011 mit dem Antrag 50 des Stadtrates betreffend der Revision der Personalverordnung befasst.*

*Zur Beantwortung von Fragen der Kommissionsmitglieder waren Stadtpräsident Martin Bornhauser und Stadtschreiber Hansjörg Baumberger zu gegen.*

*Antrag 50 widerspiegelt den Umstand, dass der Regierungsrat 2009 im kantonalen Personalrecht Änderungen vorgenommen hatte und das kommunale Personalrecht nicht ohne Not vom kantonalen abweichen soll. Ziel dieses Antrags ist es daher, dass die Differenzen zwischen kantonalem und kommunalem Recht entfernt werden. Diese Differenzen bestehen zum einen in der Verwendung von unterschiedlichen Begriffen zum gleichen Sachverhalt, so wird im kantonalen Recht von „Familienzulagen“ gesprochen, während in Uster der Terminus „Kinderzulagen“ verwendet wird. Und andererseits sollen die Lohnklassen feiner unterteilt werden, dass neu eine Lohnklasse aus 29 Stufen besteht. Es würden somit die kantonalen Lohntabellen übernommen. Gemäss Stadtpräsident Bornhauser führt diese Änderung der Personalordnung zu einem Know-how Gewinn für die Stadt Uster, da der Kanton bereits seit Anfang 2010 mit diesem System erfolgreich arbeitet. Auch berge die feinere Lohnzuteilung die Möglichkeit für differenziertes Belohnen von guten Arbeitsleistungen der Mitarbeiter. Was auch eine bessere Anpassung an den Arbeitsmarkt bedeutet. Weiter führte Bornhauser aus, dass weder mit mehr Lohnaufwand noch sonstigen höheren Kosten zu rechnen sei. Es ergeben sich lediglich bei der Implementierung des neuen Systems kleinere interne Aufwände von administrativer Natur.*

*Die KöS empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig die Annahme des Antrags 50.*

*Für die KöS, im März 2011*

*Christoph Keller, SVP-Gemeinderat*

Der SR wünscht nicht das Wort.

**Julia Amherd**

*Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende*

*Dieser Tage liest sich dann und wann die Forderung „Leistung muss sich lohnen“.  
Definierte Leistung wie sie städtische und kantonale Angestellte gemäss ihrer Stellenbeschreibung erbringen, sollte sich unbedingt lohnen. Denn Hand aufs Herz-mehr Lohn wirkt motivierend.*

*Nun ist das mit mehr Lohn für kantonal Angestellte schwierig geworden und so wird es auch schwierig werden für die städtischen Angestellten in Uster. Denn das revidierte Lohnsystem lässt keinen ordentlichen Lohnstufenaufstieg mehr zu. Die mit der Anstellung zunehmende Erfahrung wird nicht mehr als Kriterium der Lohnentwicklung berücksichtigt. Die Lohnentwicklung basiert auf einer individuellen Lohnentwicklung, deren Kriterien intransparent sind.*

*Das heisst, mit Qualifikation „gut“ kann einer Mitarbeitenden eine Lohnerhöhung von einer bis zwei Stufen gewährt werden, muss aber nicht. „Leistung lohnt sich also nur bedingt“.*

*Die Zechgeprellten sind vor allem junge Berufseinsteigerinnen und –Einsteiger, die über mehrere Jahre hinweg wenigstens den Teuerungsausgleich pro Jahr von z. B. im 2011, 0.3 % erhalten.*

*Die kantonale und künftig auch die städtische Lohnentwicklung ist- wird schlechter-*

*Die Frage ist also: für wen lohnt sich Leistung wirklich?*

*Da wir ohne Not nicht vom kantonalen Personalrecht abweichen sollen, werden wir den stadträtlichen Antrag unterstützen.*

### **Thomas Wüthrich**

*Für die Grünen ist es sinnvoll, dass die städtische Personalverordnung den kantonalen Gepflogenheiten angepasst wird. Damit wird der administrative Aufwand minimiert und die Rechtssicherheit gestärkt.*

*Richtig ist auch, dass mit der neuen Verordnung gute Leistungen von Mitarbeitenden der Stadt differenzierter belohnt werden können. Insbesondere können neu auch sehr gute Leistungen im Vergleich zu anderen Mitarbeitenden adäquat honoriert werden. Und richtig ist ebenfalls, dass der automatische Stufenanstieg abgeschafft wird. Lohnerhöhungen sollen nur bei guten und darüber hinaus gehenden Leistungen der Mitarbeitenden ausgerichtet werden.*

*Weniger schön ist der Umstand, dass mit der neuen Verordnung, die wie gesagt der kantonalen Regelung entspricht, dass also mit der neuen Verordnung eben auch ein Spareffekt erzielt wird. Denn die einzelnen Stufenanstiege sind nur noch halb so gross wie vorher. Auch wenn also ausserordentliche Leistungen ausnahmsweise auch mal mit drei Lohnstufen belohnt werden können, so dauert es in der Regel doch einiges länger, bis die Angestellten die Lohnleiter hinaufgestiegen sind.*

*Dies vor dem Hintergrund, dass die städtischen Löhne im Vergleich zur Privatwirtschaft nicht konkurrenzfähig sind. Und im Vergleich zu den Gemeinden an der Goldküste hinken insbesondere die Kaderlöhne hinterher. Immerhin hält die Stadt Uster bezüglich Lohn mit den umliegenden Gemeinden mit.*

*Es ist zu hoffen, dass die individuellen Lohnerhöhungen für gute Leistungen tendenziell eher grosszügig gehandhabt werden, so dass die Lohnentwicklung beim Einzelnen nicht allzu gross von der bislang gültigen Entwicklung abweicht.*

*In diesem Sinn stimmen die Grünen dem Antrag des Stadtrates zu.*

*Thomas Wüthrich  
Fraktionspräsident Grüne*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**Die Personalverordnung (PVO) der Stadt Uster wird wie folgt geändert:**

**1. Lohnklassen (PVO § 41)**

<sup>1</sup> unverändert

<sup>2</sup> Für jede Lohnklasse ist ein Minimum (Stufe 1) und ein Maximum (Stufe 29) festgesetzt. Die zwischen Minimum und Maximum definierten Lohnstufen sind als Orientierungshilfe für Neueinstellungen und Quervergleiche zu verwenden. Die den einzelnen Klassen und Stufen zugeordneten Beträge gehen aus der Besoldungstabelle der Stadt Uster hervor. Darüber hinaus können in besonderen Fällen die zwei nächsthöheren Lohnklassen als Leistungsklassen Anwendung finden.

<sup>3</sup> Dem Minimum der Lohnklassen sind zwei Anlaufstufen vorangestellt.

<sup>4</sup> Die Besoldungstabelle im Anhang bildet Bestandteil dieser Verordnung.

**2. Familienzulagen (PVO § 47)**

<sup>1</sup> Der Anspruch auf Familienzulagen richtet sich nach dem Bundesgesetz über die Familienzulagen vom 24. März 2006 und dem hierzu erlassenen kantonalen Einführungsrecht.

**3. Besondere Bestimmungen zur Erprobung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (PVO § 64) streichen.**

**4. Mitteilung an den Stadtrat.**

**6 Antrag des Stadtrates betreffend Kleinkunsthöhne Qbus Übergangslösung Provisorium Standort «Kino Central» Brauereistrasse 2, Genehmigung Baukredit und neuer Mietvertrag (Antrag Nr. 51B/2010 )**

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Ruedi Gysi**.

*Der Antrag 51 wurde durch die KBK bereits am 31. Januar 2011 behandelt. An dieser Sitzung waren Martin Bornhauser, Stadtpräsident und Herr Gasche vom Architekturbüro Reichle anwesend. In diesem Antrag wurde von einem Gesamtbaukredit von Fr. 900`000.-- ausgegangen. Der Antrag wurde dann von der Abteilung zurückgezogen und überarbeitet. Ein Grund für die Neuüberarbeitung war, dass der Lotteriefonds des Kantons Zürich, welcher mündlich einen Beitrag von Fr. 302`000.-- zugesichert hat, einen Antrag über den Nettokredit von Fr. 548`000.-- forderte.*

*In einer weiteren Sitzung vom 7. März 2011 wurde der neue Antrag 51B von der KBK behandelt. An dieser Sitzung waren die Herren Martin Bornhauser, Stadtpräsident, Roland Boss, Kulturbeauftragter und Thomas Bornhauser, Finanzen anwesend.*

*Der als Kleinkunsthöhne benützte Qbus muss einer Überbauung weichen daher beauftragte der Stadtrat eine Arbeitsgruppe mit der Suche für einen Alternativstandort als Provisorium. Diese Massnahme drängte sich auf da bis zur Unterbringung in ein Kulturzentrum noch einige Zeit verstreichen dürfte. Mit einem Projektierungskredit von Fr. 135`000.-- wurde die Planung eines Bauprojektes „Hinterwiese“ in Auftrag gegeben.*

*Nach dem Planungsprozess wurde bekannt, dass der Betreiber des Kino Central seinen Betrieb schliessen möchte. Die Arbeitsgruppe wurde nun von verschiedenen Seiten auf diesen Umstand hingewiesen. Im Juni 2010 wurde der neue Standort als Variante geprüft. Ein besonderes Augenmerk wurde einem nutzergerechten Einbau des Qbus-Provisoriums in die bestehende Liegenschaft beigemessen. Ebenfalls wurde die kostengünstigere Variante (Kauf/Miete) überprüft. Uster braucht eine Kleinkunsthöhne und mit dem neuen Standort im Kino Central sind alle Möglichkeiten gegeben. Das Gebäude liegt im Zentrum von Uster und verfügt über zwei eingerichtete Kinosäle. Im unteren Saal sind Kino- sowie Theatervorführungen möglich und der obere Saal kann weiterhin für Filmvorführungen genutzt werden.*

*Was sicher im ersten Moment abschreckt das sind die hohen Gesamtbaukosten von Fr. 900`000.-- . Dieses Geld bekommt aber mit dem 2-Saalkonzept einen guten Gegenwert und zudem darf mit einem Beitrag aus dem Lotteriefonds von Fr. 300`000.-- gerechnet werden. Der Preis pro m2 liegt ungefähr gleich hoch wie zur Zeit im Qbus.*

*Was ebenfalls in der KBK noch zu Diskussionen führte war der hohe Betrag der Kosten für feuerpolizeiliche und behindertengerechte Umbauten. Diese Kosten können nicht beeinflusst werden da sie kantonalen Vorschriften entsprechen.*

*Mitglieder der KBK wollten auch wissen ob mit eventuellen Einsprachen beim Umbau des bestehenden Kinos zu rechnen sei. Es muss eine Aussenrampe für Rollstühle gebaut werden, aber auch die entstehenden Lärmimmissionen könnten zu Einsprachen führen. Von den anwesenden Herren wurde diese Frage aber verneint, da mit Einsprachen nicht zu rechnen sei.*

*Zu reden gab auch der Jahresmietzins von Fr. 70`000.-- , was auch zur Überlegung für einen Kauf führte. Mit dem späteren Bau eines Kulturzentrums würde das Kino Central aber auch mit einem Kauf nur zu einem Provisorium.*

*Gegen einen Kauf spricht auch die Planung eines Tagungs- und Kulturzentrums, eventuell im Zeughausareal.*

*Die Baukosten für ein Provisorium Hinterwiesen würden 1.4 Millionen betragen und zudem noch einen Teil der Grünanlage vernichten.*

*Die Mitglieder der KBK waren sich einig, dass die Kultur in Uster ihren Platz braucht und zu einer guten Wohnqualität nebst Freizeit- und Sportanlagen gehört.*

*Trotz ausgezeichnetem Kulturangebot in Zürich und Winterthur darf Uster nicht als rückständige Kleinstadt auf Kunst verzichten.*

*Die KBK empfiehlt dem Gemeinderat mit 8:0 Stimmen den Baukredit und den neuen Mietvertrag zu genehmigen.*

*21. März 2011, Ruedi Gysi*

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Gabi Seiler**.

*Sehr geehrter Herr Präsident*

*Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende*

*Die RPK hat den Antrag 51 an ihrer Sitzung vom 14. März 2011 behandelt. Anwesend waren neben der kompletten RPK-Mannschaft auch der Stadtpräsident Martin Bornhauser, Roland Boss, GF Kultur sowie Thomas Bornhauser, Finanzen.*

*In einem ersten Schritt wurden wir über die Diskussionen und Erkenntnisse aus der KBK Sitzung informiert. Vorgängig wurden ja auch alle GR-Mitglieder schriftlich über die Gründe des heute vorliegenden unüblichen Nettokredit-Antrages informiert. Die eigentliche Diskussion innerhalb der RPK war relativ kurz und schmerzlos.*

*Ein Thema waren nochmals die Auflagen und die damit verbundenen Kosten seitens der Feuerpolizei. Thomas Bornhauser erläuterte uns, dass sehr wohl mit den Entscheidungsträger beim Kanton eine Diskussion stattgefunden hätte, diverse Auflagen würden aber erst jetzt mit dem Besitzerwechsel zur Ausführung fällig.*

*Ebenfalls war das Thema Kauf kontra Miete nochmals kurz ein Thema sowie die Frage ob mit dem Abbruch des Projekts „Hinterwiesen“ nicht sehr viel Geld in den Sand gesetzt worden sei. Seitens der Stadt wurde uns erläutert, dass man sich unmittelbar nach Kenntnis der freiwerdenden Örtlichkeiten im Kino Central die weitere Planung „Hinterwiesen“ umgehend eingestellt habe. Selbstverständlich sind bis zu diesem Zeitpunkt Kosten aufgelaufen, dies ist und war nicht zu vermeiden. Bezüglich Kauf machte uns Martin Bornhauser auch noch darauf aufmerksam, dass die Subventionen seitens des Lotteriefonds nicht in der zumindest mündlich zugesagten Höhe fließen würden.*

*Der Mietvertrag wurde insofern hinterfragt, ob denn nicht ein längerer Vertrag Sinn gemacht hätte. Gemäss den Vertretern der Stadt ist man der Meinung, dass man mit dem vorliegenden Vertrag inkl. der Verlängerungsoption die richtige Wahl getroffen habe, da es ja das Ziel ist, dem Qubus mittelfristig ein definitives zu Hause zu geben.*

*Der Wechsel vom 1 zum 2-Saal Konzept war insofern ein Thema, als innerhalb der RPK gewisse Bedenken da sind, ob seitens der Qubus Verantwortlichen beim Definitivum nicht automatisch auch ein 2 Saal Konzept verlangt würde. Martin Bornhauser konnte diese Bedenken nicht verneinen, machte aber darauf aufmerksam, dass dieser Aspekt sicher bei der Neuplanung entsprechend berücksichtigt und behandelt werden muss.*

*Die RPK hat den Antrag in der Schlussabstimmung 9:0 gutgeheissen und empfiehlt dem GR ebenfalls die Annahme.*

*21.3.2011/gs*

Der Stadtrat wünscht nicht das Wort.

## Thomas Wüthrich

*Eigentlich sollten wir Grünen uns über eine Anschlusslösung für den qbus freuen. Doch je länger wir uns mit dem vorliegenden Antrag befassen, desto mehr wurde die Vorlage zum Ärgernis.*

*Angesichts der verschiedenen Möglichkeiten für eine Zwischenlösung für den qbus, hätten die Grünen eine breitere Abstützung des Antrags im Vorfeld begrüsst. So stellte eine nicht repräsentative Steuergruppe die entscheidenden Weichen und der bürgerlich dominierte Stadtrat beschloss den vorliegenden Antrag. In den Augen der Grünen wird der Gemeinderat einmal mehr genötigt, eine Entscheidung unter Zeitdruck zu treffen, wo doch eine vertiefte Diskussion nötig wäre.*

*Unbestritten, Uster benötigt für den qbus eine Anschlusslösung, die Zeit an der Braschlergasse ist abgelaufen. In diesem Sinne stehen die Grünen uneingeschränkt hinter der stadträtlichen Kulturpolitik.*

*Stein des Anstosses beim vorliegenden Antrag ist der Umstand, dass die Liegenschaft „Central“ nur gemietet statt gekauft werden soll.*

*Gemäss letztem Newsletter der Hypothekenbörse Uster sind Hypotheken mit 8-jähriger Laufzeit zu einem Zinssatz von 2,6% zu erhalten. Das Besitzerkonsortium, vertreten durch Herrn Ott, bezahlt für das Central bei einem Kaufpreis von 2,4 Mio demnach maximal einen Zins in der Grössenordnung von 60'000.- Franken. Die Stadt ihrerseits bezahlt 70'000.- Fr. Mietzins plus Fr. 12'000.- Nebenkosten. Der Mietzins wird nach 5 Jahren angepasst, dies wohl eher gegen oben. Dann bezahlen die Stadt respektive die öffentliche Hand die gesamten Umbaukosten im Betrag von 900'000.- Franken. Und schliesslich übernimmt die Stadt als Mieterin für die Mietdauer den gesamten Betriebs- und Gebäudeunterhalt. Da bleibt nur festzustellen, als Immobilienbesitzer kann ich mir keine bessere Mieterschaft wünschen.*

*Der Antrag wird dem Gemeinderat als kostenoptimierte kulturpolitische Vorlage angepriesen. Die Grünen können sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, dass hier die Investitionen der eigenen Wählerschaft vergoldet werden und die Stadt Uster wie eine Weihnachtsgans geschröpft wird. Am Schluss hat das Konsortium ohne jegliches Risiko einen netten Gewinn erzielt und verfügt über zwei Veranstaltungslokale, die allen gesetzlichen Vorschriften entsprechen und den Sälen in einem zukünftigen Tagungszentrum problemlos Konkurrenz machen. Es ist kaum glauben, dass unsere Steuergelder ohne eigentliche Gegenleistung zum Vorteil von privaten Unternehmen so zum Fenster hinaus geworfen werden.*

*Die Kaufoption wurde vom Stadtrat verworfen, weil die Parzelle angeblich keine strategische Bedeutung hat und weil der Stadtrat langfristig sowohl das Studiokino als auch die Kleinkunsthöhle im erneuerten Stadthofsaal oder im KTU auf dem Zeughausareal sieht. Langfristige Perspektiven zu haben, ist sicher richtig. Diese dürfen aber nicht zum starren Korsett werden, das keinen Handlungsspielraum offen lässt. Denn wo, meine Damen und Herren, ist der Kino-Club qtopia – der fleissigste Veranstalter im Qbus – besser aufgehoben als in einem Kino? Kein Neubau kann den Charme und die Atmosphäre eines alterwürdigen Kinos erreichen.*

*Dass die Stadt die Liegenschaft nicht kauft, beweist auch, dass der Stadtrat nicht gewillt ist, in der städtischen Land- und Bodenpolitik eine andere Richtung einzuschlagen. Noch vor zwei Monaten erklärte Finanzvorstand Egli, dass das Zukufen von Land nicht so einfach sei, da keine Angebote vorhanden seien. Dem entgegen die Grünen, dass wenn dann eine Gelegenheit für einen Liegenschaftsverkauf besteht, diese vom Stadtrat nicht wahrgenommen wird. Der Boden, das Tafelsilber der Stadt, soll also weiterhin nur verscherbelt als mit Dessertgabeln ergänzt werden.*

*Die Bewertung der Kaufvariante durch den Stadtrat ist tendenziös negativ. Dabei ist allen klar: In den letzten 200 Jahren hat das Land in Uster sicher nicht an Wert verloren, und schon gar nicht an so zentraler Lage. Die 2,4 Mio. für den Kauf wären eine Gewinn bringende Investition gewesen, die auch der Ustermer Bevölkerung hätte erklärt und schmackhaft gemacht werden können. Das Konsortium hat die Liegenschaft „Central“ ja auch nicht aus purer Nächstenliebe erworben.*

*Aus diesen Gründen können die Grünen den Antrag des Stadtrates nicht unterstützen und lehnen ihn mehrheitlich ab. Verbunden mit dem Auftrag, entweder das Provisorium Neuwiesen dringlich voranzutreiben, oder – wenn noch möglich – das „Central“ doch noch zu erwerben.*

*Dies ist kein Votum gegen die Kulturpolitik, aber eines gegen eine verfehlte Bodenpolitik.*

*Thomas Wüthrich  
Fraktionspräsident Grüne*

### **Stefan Kern**

*Geschätzter Herr Gemeinderatspräsident  
Geschätzte Anwesende*

*Im Zusammenhang mit einem schon seit längerem geplanten Neubauprojekt an der Braschlerstrasse ist es nun soweit. Der „Qbus“ muss sich definitiv eine neue Bleibe suchen, da eine weitere Verlängerung am bisherigen Standort Braschlerstrasse nicht mehr möglich ist. Die Vermieterschaft hat sich bereits in der Vergangenheit durch laufende Verlängerung der Nutzungsmöglichkeit grosszügig gezeigt. An dieser Stelle möchten wir uns dafür herzlich bedanken. Aufgrund dieses Umstandes wurde ein Neubau am Standort Hinterwiesen geplant und ein entsprechender Projektierungskredit von CHF 135'000.-- Ende März 2010 vom Stadtrat bewilligt. Mit der Durchführung der Projektierung wurde die Firma Reichle Architekten AG beauftragt. Ferner wurde die Steuerungsgruppe „Uebergangsbetrieb ab 1.4.2011 für den Qbus“ gewählt. Im Rahmen dieser Steuerungsgruppe wurden während dem 2. Quartal 2010 verschiedene Vorschläge der Architekten für den Neubau Hinterwiesen geprüft und soweit optimiert, dass dabei der angestrebte Finanzierungsrahmen von rund CHF 1,4 Mio. nicht überschritten wurde. Im Rahmen der SVP/EDU-Fraktionssitzung vom 23. Juni 2010 machte Claudia Bekier, SVP Gemeinderätin von Uster, darauf aufmerksam, dass der Betreiber des Kino's Central, Herr Hans Brönnimann, dessen Betrieb so rasch als möglich definitiv einstellen möchte. Diese neuen Erkenntnisse wurden vom SVP-Vertreter der Steuerungsgruppe dieser umgehend mitgeteilt, so dass für die nächste Sitzung am 13. Juli 2010 durch die Bauherrschaft (Stadt Uster) bereits entsprechende Abklärungen vorgenommen werden konnten. Aufgrund dieser Standortalternative wurde anlässlich der Sitzung vom 13. Juli 2010 durch die Steuerungsgruppe entschieden, das bisherige Neubauprojekt „Hinterwiesen“ per sofort zu stoppen und der alternative Standort am Kino Central eingehend zu prüfen. Es wurden mehrere Varianten wie Kauf des Kino's Central, ein- und zwei-Saal-Konzepte geprüft. Unter Berücksichtigung der Vor- und Nachteile der einzelnen Varianten bezüglich Kino Central ist die Steuerungsgruppe sowie das beauftragte Architekturbüro zum Schluss gekommen, dass das 2-Saal-Konzept die Beste aller Nutzungsmöglichkeiten ist. Da das Kino Central nur als Ganzes von der neuen Eigentümerin (Konsortium Kino Central) gemietet werden kann, macht es keinen Sinn, voll ausgestattete Räumlichkeiten im 1. Obergeschoss ungenutzt zu lassen. Zudem müssen die feuerpolizeilichen Vorschriften, welche den „Löwenanteil“ der Umbaukosten verursachen, eingehalten werden. Zudem ist für öffentliche Gebäude eine behindertengerechte Erschliessung vorgeschrieben. Die Zusatzkosten für das 2-Saal-Konzept gegenüber dem 1-Saal-Konzept belaufen sich auf einmalig rund CHF 200'000.-. Die laufenden Kosten bei beiden Konzepten bleiben jedoch gleich gross. Zudem würde beim 1-Saal-Konzept der noch von der Finanzdirektion des Kantons Zürich zu bewilligende einmalige Beitrag von rund CHF 300'000.— ebenfalls entsprechend kleiner ausfallen.*

*Dank reger Nachfrage nach Uebungsräumen in den Kellergeschossen können die laufenden Kosten von rund CHF 250'000.— durch Untervermietung an Dritte auf CHF 175'000.— reduziert werden. Diese jährlichen Kosten entsprechen ungefähr denjenigen des Neubauprojektes „Hinterwiesen“. Dank flexibler Gestaltung des Mietvertrages kann nach Ablauf von 5 Jahren jeweils auf ein Jahr gekündigt werden. Dies sollte der parallel angelaufenen Phase 2 der Planung „Zeughausareal“ entgegen kommen. Ziel ist es, dass der Qbus innerhalb der kommenden 10 Jahre in das neue Kongresszentrum der Stadt Uster auf dem Zeughausareal umziehen kann.*

*Dank Nutzung der bestehenden Gebäulichkeiten des Kino's Central mit entsprechend vorhandener Infrastruktur kann auf ein Neubau auf der Hinterwiesen verzichtet werden. Die dortigen Anwohner werden dankbar sein, dass dadurch keine neue Lärmquelle entstehen wird. Die hohe latente Gefahr von Einsparungen gegen den Neubau sowie die dadurch entstehenden, langzeitlichen Verzögerungen können somit ebenfalls „umschiff“ werden. Zudem kann die Wiese unbebaut weiterhin im Rahmen des Studienauftrages „Park am Aabach“ ohne zusätzliche Einschränkungen durch die Weiterführung des Qbus einbezogen werden.*

*Erfreulich ist im weiteren, dass der bewilligte Projektierungskredit von CHF 135'000.— trotz der mit der Neuevaluation des Standortes Kino Central entstandenen Mehraufwendungen mit rund CHF 110'000.— nicht ausgeschöpft wurde.*

*Zudem stehen CHF 50'000.— für die Realisierung dieser Uebergangslösung von der Zangger-Weber-Stiftung bereits zur Verfügung. Das heisst, dass im Worst-Case (kein Beitrag des Lotteriefonds) sich die Baukosten von CHF 900'000.— auf CHF 850'000.— bereits zum heutigen Zeitpunkt für die Stadt Uster reduziert haben.*

*Sowohl die Kommission für Bildung und Kultur als auch die Rechnungsprüfungskommission haben diesem Antrag einstimmig zugestimmt.*

*Wir von der SVP/EDU-Fraktion werden diesem Antrag ebenfalls zustimmen.*

*Nänikon, 19. März 2011*

*Stefan Kern*

*Gemeinderat SVP Uster*

## **Walter Meier**

*Sehr geehrter Präsident*

*Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*Seit bald 10 Jahren ist der Qbus eine Erfolgsgeschichte und aus Uster nicht mehr wegzudenken.*

*Seit rund 50 Jahren ist das Kino Central eine Erfolgsgeschichte (?) und aus Uster wegzudenken?*

*Der Stadtrat legt dem Gemeinderat nun einen Antrag vor, diese beiden „Institutionen“ zu fusionieren und dabei die Vorzüge von Qbus und Kino Central zu erhalten.*

*Gleichzeitig wissen wir: an sich möchten wir eine Kleinkunstbühne an einem ganz anderen Standort – im Zeughausareal oder vielleicht dort, wo heute der Stadthofsaal steht – aber das ist so schnell nicht zu verwirklichen.*

*So machen wir eben aus der Not eine Tugend. Ein neues Provisorium soll die 5 – 10 Jahre Wartezeit bis zum Definitivum überbrücken. Das kostet zwar Geld – aber wir meinen – es sei gut investiert. Wenn Uster tatsächlich Wohnstadt und nicht nur Schlafstadt werden (sein) will, dann braucht es den „Central-Qbus“ oder den „Qbus-Central“.*

*Wir danken dem Stadtrat und der Kommission, welche dieses Projekt begleitet hat, für den Einsatz. Es ist das wohl günstigste Projekt für die Weiterführung des Qbus, eine langjährige Ustermer Institution (Kino Central) bleibt der Bevölkerung auch über die Schliessung hinaus erhalten und die Wiese „Hinterwiesen“ wird vorläufig nicht überbauen.*

*Die GLP/EVP-Fraktion stimmt dem Antrag zu.*

*Walter Meier, GR*

## Marianne Siegrist

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Geschätzte Anwesende*

*„Das Kino Central in Uster wird in nächster Zeit geschlossen – die Stadt Uster mietet diese Räumlichkeiten als Ersatz für den Qbus“. Dies könnte eine Schlagzeile sein nach der Annahme des vorliegenden Antrags. Eine idealere Lösung für den Ersatz der Qbus Räumlichkeiten gibt es kaum. Das kleine Kino im ersten Stock sowie die ganze Einrichtung für die Filmaufführungen können ohne grosse Veränderungen übernommen werden. In Uster sind damit weiterhin Kinobesuche möglich! Dies ist der eine Vorteil.*

*Die Räumlichkeiten im Erdgeschoss werden mit den geplanten Umbauten für verschiedenste kulturelle Nutzungen tauglich gemacht. Theateraufführungen, Konzerte, Bankette, Lesungen, Diskussionspodien usw. sind möglich. Die bisherigen Anbieter von kulturellen Veranstaltungen im Qbus können im Kino Central weiterfahren. Rund 200 Veranstaltungen werden im Qbus jährlich durchgeführt. Es wäre ein riesiger Verlust für Uster, wenn diese kulturelle Vielfalt sterben müsste. Wir erhalten zwei verschiedene Räume mit verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten.*

*Zugegeben, die Investition von 900'000 Franken für den Umbau eines gemieteten Objekts ist ausserordentlich hoch.*

*Weshalb stimmt die FDP/CVP/JFU Fraktion trotzdem zu?*

*Wir konnten uns überzeugen, dass nur das absolut Notwendige gemacht wird, um diese Räumlichkeiten der Bevölkerung für kulturelle Zwecke zur Verfügung zu stellen. Feuerpolizeiliche Vorschriften sowie die Vorgaben des behindertengerechten Bauens in öffentlichen Gebäuden verteuern den Umbau um unglaubliche rund 300'000 Franken. Diese Kröte sind wir gezwungen zu schlucken. Der zu erwartende Beitrag vom Lotteriefonds ist daher ein umso willkommeneres Geschenk. Wir hoffen sehr, dass der Kanton seine Zusicherung wahr macht, das heisst: die Kultur in Uster unterstützt und den Betrag definitiv beschliesst. Der schon gesprochene Betrag einer privaten Ustermer Stiftung sei auch an dieser Stelle herzlich verdankt! Positiv erwähnen möchte ich die transparente Information des Stadtpräsidenten betr. der Änderung des ursprünglichen Antrags. Die Sachlage ist somit allen klar.*

*Das Ziel des Stadtrats, die definitive Ansiedlung einer Kleinstkunstbühne ins Konzept der Erneuerung des Stadthofsaals zu integrieren, soll weiterhin verfolgt werden. Es **muss** ein nahtloser Übergang vom Provisorium ins Definitivum innerhalb der vorgegebenen maximalen zehnjährigen Mietdauer stattfinden! Darauf möchte unsere Fraktion eindringlich hinweisen. Es darf keine Zeit verloren gehen.*

*Ein vielfältiges kulturelles Angebot macht unsere Stadt zusätzlich attraktiv und lebenswert. Dafür müssen geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Mit der Zustimmung zum Antrag haben Sie dies heute in der Hand!*

*Wermatswil, 21.3.2011  
Marianne Siegrist*

## Claudia Wyssen

*Die SP ist erleichtert, dass für die Kleinkunstbühne Qbus ein derart idealer Standort gefunden werden konnte und ein Weiterbestehen somit gesichert ist.*

*Das beschriebene Zwei-Raum-Konzept überzeugt, und es scheint es nur logisch und sinnvoll beide Räume zu nutzen und zu betreiben. Der Qbus sorgt in Uster seit Jahren für Kultur auf hohem Niveau, die dennoch nicht elitär und gut besucht ist.*

*Dass ein derart grosser Teil der Kosten allein für die Brandschutzmassnahmen anfällt, bedauern wir. Allerdings ist es wichtig, dass städtische Anlage in jeder Beziehung sicher sind und den heutigen Anforderungen gerecht werden.*

*Dass sich die Zangger Weber Stiftung und allenfalls auch der Lotteriefonds an den Investitionen beteiligt freut, und weist ebenfalls auf die hohe Qualität des Qbus hin.*

*Einzig die Sache mit dem Kauf der Liegenschaft beurteilen wir etwas anders. Wir bedauern, dass die Stadt Uster das „Kino Central“ nicht kauft und dieses für den Qbus ideale Gebäude als solches bestehen lässt. Hier wird unserer Ansicht nach eine Chance verpasst.*

*Ich persönlich bin froh darüber, dass Uster auch nach dem Kino Central weiter über ein Kino verfügt. Dass dieses sogar noch Filme von hoher Qualität zeigt, macht die Sache noch besser. Für eine Stadt wie Uster, wäre es nichts weiter als lausig, kein Kino zu haben.*

*Alles in allem finden wir den vorliegenden Antrag eine „gfroiti Sach“ und stimmen ihm zu.*

*Claudia Wyssen, SP-Fraktion*

**Stadtpräsident Martin Bornhauser** ergreift das Wort. Er freut sich auf den neuen Gbus und dass der Gemeinderat eine so wohlwollende Haltung hat. Zu den Grünen betreffend Kauf der Liegenschaft führt er aus, dass es nicht der strategischen Bodenpolitik der Stadt entspricht, diese Liegenschaft zu kaufen, abgesehen davon ist der Verkauf derselben bereits andersweitig aufgegleist. So war es auch beim Kauf der Hälfte des Zeughausareals, man wollte nicht alles kaufen. Man will nicht ziellos Land kaufen. Es ist nicht Ziel des Stadtrates, Land-Spekulanten zu werden. Ausserdem hätte man den Beitrag aus dem Lotteriefonds bei einem Kauf verloren und es geht immerhin um Fr. 300'000. Betreffend Schliessung des Kinos ist es tatsächlich traurig, aber der Eigentümer hat erwogen, dass es wirtschaftlich nicht mehr tragbar ist. Ein gewisser Ersatz bietet dann das Provisorium bis ein definitiver Platz definiert ist. Und dannzumal wird man sich nicht noch mit einem Landhandel herumschlagen müssen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 31 : 2 Stimmen**

5. **Der Gemeinderat bewilligt für den Umbau des Kinos «Central» zu einem Qbus-  
Provisorium einen Kredit von 548'000 Franken inkl. MWST (Anteil der Stadt Uster  
an die Gesamtbaukosten von 900'000 Franken).**
6. **Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel allenfalls auf dem  
Darlehensweg zu beschaffen.**
7. **Der neue Mietvertrag (1. Mai 2011 bis 31. Dezember 2016, Jahresmietzins 70'000  
Franken exkl. Nebenkosten, mit Option bis 31. Dezember 2021) wird genehmigt.**
8. **Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat bei der Finanzdirektion des  
Kantons Zürich (Lotteriefonds) ein Beitragsgesuch in der Höhe von 302'000  
Franken gestellt hat, über das voraussichtlich erst zu Beginn 2012 entschieden  
wird.**
9. **Der Gemeinderat nimmt zudem zur Kenntnis, dass die Zangger Weber Stiftung  
bereits einen Beitrag von 50'000 Franken an die Umbaukosten geleistet hat.**
10. **Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug**

**7 Antrag des Stadtrates betreffend Seestrasse 107 - Bereitstellen Schulraum Primarschule inkl. Fassadensanierung, Genehmigung Baukredit (Antrag Nr. 53/2011 )**

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Thomas Wüthrich**.

*Mit dem Antrag 53 beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat das alte Schulhaus Niederuster für 1,98 Mio. Fr. brutto zu sanieren, damit der Primarschule zusätzlicher Schulraum zur Verfügung gestellt werden kann. Nach Abschluss der Arbeiten soll die Liegenschaft mit einem Gesamtwert von rund 3 Mio. Fr. vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen übertragen werden.*

*Ausgangslage. Zur Entlastung der Primarschule Niederuster soll das alte, denkmalgeschützte Schulhaus an der Seestrasse mit möglichst geringem Eingriff in die historische Bausubstanz saniert werden. Damit können der Primarschulpflege Räumlichkeiten für Hort, Mittagstisch, Schulbibliothek und Kindergartentherapie zur Verfügung gestellt werden.*

*Das Gebäude wurde in den letzten 40 Jahren, als es für Wohnzwecke vermietet wurde nur minimal unterhalten. Da jetzt eine öffentliche Nutzung vorgesehen ist, sind insbesondere im Bereich Brandschutz und Personensicherheit grössere Investitionen notwendig. Die behindertengerechte Erschliessung wird unter anderem mit einem Vertikalplattformlift erreicht, der auch für die Anlieferung der Mahlzeiten für den Hort und den Mittagstisch genutzt werden kann. Die neue Hortküche wird die angelieferten Mahlzeiten gemäss dem Verpflegungskonzept der Primarschule aufbereiten. Weitere grössere Sanierungsarbeiten müssen in bezug auf die sanitären Anlagen, die Elektroinstallation und die Kanalisation getätigt werden. Die Gebäudehülle wird weitgehend saniert, insbesondere die Fenster, die Natursteinfassungen und die Fensterläden. Schliesslich wird der unterhaltintensive Privatgarten zum pflegeleichten, kindersicheren Aussenraum.*

*Ein erstes Projekt sprengte den Kostenrahmen von 1,5 Mio, wie er in der Investitionsrechnung eingestellt ist deutlich. Mit der Überarbeitung des Projekts gelang es den Architekten den Sanierungsaufwand um 720'000 Franken auf 1,98 Mio. Fr., +/- 10%, zu senken. Im Novemberbrief wurden die Mehrkosten bereits angekündigt.*

*Die KÖS wollte die Mehraufwendungen detailliert erläutert haben. Folgende Punkte verteuern die Sanierung.*

- 1. Aufgrund der statischen Situation musste das Raumprogramm geändert werden. Und als Folge des behindertengerechten Bauens müssen die Toiletten verschoben werden.*
- 2. Bei der Fassadensanierung kann der Sandstein nicht nur ausgebessert werden, sondern muss teilweise ersetzt werden.*
- 3. Aus technischen Gründen müssen die Fensterläden ersetzt werden.*
- 4. Der geplante Treppenlift muss infolge der Verschiebungen als Transportlift erstellt werden, da er wie bereits erwähnt auch dazu dient, die Mahlzeiten in die Hortküche zu bringen.*
- 5. Der Unterhalt der Liegenschaft war in den 40 Jahren vernachlässigt worden, so dass viele Schäden auf den ersten Blick nicht erkennbar waren.*

*Das Raumprogramm gab denn auch noch einmal zu reden. Aber der KÖS wurde versichert, dass erstens die Schulleitung hinter der vorgeschlagenen Lösung stehe und sich der ‚ruhige‘ Bibliotheksbetrieb und die eher ‚lärmigeren‘ Tagesstrukturen sich zeitlich nicht tangieren würden.*

*Ein Neubau oder ein Containerbauten wurden vorgängig geprüft. Ein Ersatzneubau wäre rund eine halbe Million Franken teurer und ein Neubau hätte nur weiter weg realisiert werden können, Containerbauten auf dem Schulhausareal hätten dessen Freifläche zu sehr verkleinert. Und eine*

*externe Lösung in einem nicht städtischen Gebäude ist für die Stadt nicht attraktiv, da dann Mietkosten zwischen 30'000 – 40'000 Franken anfallen würden, während die Investitionen intern fließen.*

*Auf eine entsprechende Frage wurde der KÖS erklärt, dass es hinsichtlich der Kosten nicht sinnvoll ist, die Sanierung auf 2012 zu verschieben. Da die Räumlichkeiten dringend benötigt werden, würden Arbeiten in den Winter fallen und die Sanierungskosten damit höher ausfallen.*

*Für einen Teil des Umbaus kann die Stadt Uster Beiträge des Kantons für die Bibliothek und den Kindergarten erwarten. Diese werden allerdings erst nach Abschluss der Arbeiten ausgerichtet und dann in der Bauabrechnung aufgeführt. Im beantragten Kredit ist also keine versteckte Reserve enthalten. Es werden immer Bruttoinvestitionen beantragt.*

*Schliesslich wurde von der Primarschulpflege festgehalten, dass aufgrund der Schulraumplanung die vorgesehenen Kapazitäten in Niederuster auf lange Sicht ausreichen werden, da mit dem Bau des Schulhauses Krämeracker die Anzahl Klassen in Niederuster abnehme. Die Kapazitäten der Tagesstrukturen erlauben eine 150%ige Steigerung des Bedarfs zu decken, also die auf dem jetzigen Klassenbestand berechnete, voraussichtliche Zunahme in den nächsten 10 Jahren.*

*Die KÖS stellte zudem fest, dass als Folge der Umsetzung des neuen Projektmanagements in den Unterlagen ein Funktionen-Diagramm für die Projektorganisation zu finden ist. Es scheint sehr transparent und professionell zu sein.*

*Die KÖS vertagte den Entscheid über die Vorlage auf die Sitzung vom 7. März. An dieser Sitzung wurde der Antrag einstimmig mit 6 : 0 Stimmen genehmigt.*

*Die KÖS beantragt demnach dem Gemeinderat, den Baukredit über 1,98 Mio. Franken für das Projekt Seestrasse 107, Bereitstellen Schulraum Primarschule inkl. Fassendensanierung, zu genehmigen.*

*Die KÖS empfiehlt zudem, nach Abschluss des Projekts die Liegenschaft mit einem Gesamtwert von 3'009'000.- Fr. vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen zu verschieben und somit dem Antrag des Stadtrates zu folgen.*

*Für die KÖS*

*T. Wüthrich  
Gemeinderat, Grüne*

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Markus Wanner**.

*Die RPK stimmt diesem Antrag einstimmig zu.*

*Stadtrat Werner Egli und Isabelle Schmid, Projektleiterin Liegenschaften, informierten die RPK über dieses Projekt.*

*Mit der Sanierung soll die Liegenschaft in Zukunft die verschiedenen Bedürfnisse der Primarschule langfristig decken. Die Sanierung des 150 jährigen Gebäudes selber ist sehr aufwändig, das Gebäude ist zudem im kommunalen Inventar der Denkmalschutzobjekte enthalten.*

*Die Kosten für diese Sanierung scheinen mit 2 Mio. recht hoch. Ursprünglich waren CHF 1,5 Mio. im Investitionsplan vorgesehen. In der Projektierungsphase erkannte man, dass die Sanierung mit CHF*

*1,5 Mio. nicht realisierbar war, insbesondere wegen der Gebäudestatik, der Fassadensanierung, dem behindertengerechten Bauen und der erweiterten Umgebungsarbeit. Auf die erste Kostenermittlung von CHF 2,7 Mio. hin erzielten dann die Architektinnen 4 plus Einsparungen von CHF 720'000.-. Der Innenausbau wurde vereinfacht, z.B. bei den Böden erfolgt nicht mehr ein Ersatzaufbau, sondern sie werden geschliffen und geölt, und die bestehende Raumstruktur und Oberflächen wurden beibehalten, u.a. werden keine Wände mehr abgerissen. Und obwohl die 1. Raumgliederung geändert wurde, entspricht diese gemäss Auskunft der Primarschulpflege weiterhin den Bedürfnissen der Primarschule.*

*Die neuen Gesamtkosten betragen nun CHF 1'980'000.-. Mit dem Novemberbrief 2010 wurde dann ein Nachtragskredit von CHF 500'000.- beschlossen.*

*Die Sanierung ist unter anderem auch deshalb so teuer, weil die Liegenschaft über Jahrzehnte nicht mehr genügend Instand gehalten wurde. Es besteht ein grosser Nachholbedarf im Liegenschaftsunterhalt. Stadtrat Egli meinte dazu an der RPK-Sitzung, dass je nach Nutzung und Prioritäten die Liegenschaften im Verwaltungsvermögen besser unterhalten werden als diejenigen im Finanzvermögen, bekanntlich befindet sich die Liegenschaft Seestrasse 107 im Finanzvermögen. Mit der jetzigen Sanierung sollte aber die Liegenschaft so gut saniert werden, dass in den nächsten 30 Jahren kein Sanierungsbedarf mehr entstehen sollte.*

*Da die Primarschule die Liegenschaft länger für schulische Zwecke nutzen will, wird die Liegenschaft vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen übertragen. An der RPK-Sitzung wurde noch die Frage gestellt, warum die Liegenschaft erst nach Beendigung der Sanierung ins Verwaltungsvermögen übertragen wird. Stadtrat Werner Egli informierte die RPK, dass dies vor allem einen organisatorischen Grund hat: Für Liegenschaften im Finanzvermögen ist das Geschäftsfeld Liegenschaft der Stadt Uster zuständig. Bei der Planung und der späteren Realisierung hat, in Absprache mit der Primarschulpflege, die Liegenschaftsabteilung die Führung übernommen. Es macht daher Sinn, dass die Liegenschaft erst nach Vollendung der Sanierung ins Verwaltungsvermögen übertragen wird.*

Der Stadtrat wünscht nicht das Wort.

## **Cla Famos**

*Sehr geehrter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

*Die FDP/JFU/CVP-Fraktion wird den Antrag des Stadtrates unterstützen.*

*Es handelt sich um einen notwendigen und umsichtig geplanten Umbau.*

*Die Überführung der Liegenschaft vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen ist sinnvoll, das Gebäude diente ja auch schon ursprünglich nach seiner Errichtung ab 1854 für ein halbes Jahrhundert als Schulhaus. Dass es nun wieder dafür genutzt wird, ist für uns auch ein schönes Zeichen für die Kontinuität des Zürcher Schulwesens. Wie stark sich die Schule seither verändert hat, zeigen aber auch die umfangreichen nötigen Arbeiten.*

*Der Umbau wird relativ teuer, und die Zahlen mussten ja bekanntlich im letzten Novemberbrief noch nach oben korrigiert werden. Aber wir sind zur Überzeugung gelangt, dass die Kosten gut begründet sind: Es gibt wegen der vielschichtigen Nutzung umfangreiche Arbeiten zu tätigen und gleichzeitig ist die Liegenschaft wegen der jahrzehntelangen privaten Nutzung in einem Zustand,*

*der einiges an Renovationsarbeiten erfordert. Die Schulhausanlage Niederuster erhält mit diesem Projekt eine attraktive und auf die Bedürfnisse des Schulbetriebs ausgerichtete Erweiterung.*

*Uster, 18. März 2011*

*Cla Famos*

### **Daniel Hunziker**

*Sehr geehrter Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*Die rund 2 Millionen, welche für die Sanierung investiert werden müssen ist viel, doch mit der Zusicherung, dass die geschaffene Kapazität für die Tagesstruktur mindestens für die nächsten zehn Jahre reichen sollte, rechtfertigt die hohen Kosten. Zudem können die Schülerinnen und Schüler in Zukunft vor Ort betreut werden und müssen nicht eine stark befahrene Strasse überqueren.*

*Die glp/EVP Fraktion stimmt dem vorliegenden Antrag zu.*

*Daniel Hunziker  
Gemeinderat*

### **Thomas Wüthrich**

*Die Grünen haben den Antrag eingehend geprüft. Wir haben einen guten Eindruck von der Vorlage gewonnen. Sie scheint sehr gewissenhaft ausgearbeitet zu sein, Fehler aus der Vergangenheit sollten nicht wiederholt werden.*

*Das Baumanagement respektive die Verantwortlichkeiten und Kompetenzen sind ausführlich dargelegt, so dass ein reibungsloser Projektlauf gewährleistet werden kann.*

*Der Aufwand für die Sanierungsarbeiten ist laufend hinterfragt worden, so dass am Schluss ein ausgewogenes Projekt resultierte. Ein Projekt mit einem ungewöhnlichen aber trotzdem sinnvollen und zweckmässigen Nutzungskonzept.*

*Jetzt ist nur noch zu hoffen, dass die Schulraumplanung an diesem Beispiel ihre Tauglichkeit beweist und die Kapazitäten auf lange Sicht tatsächlich ausreichen.*

*Unter diesen Vorzeichen, kann auch der im Vergleich zur Investitionsrechnung höhere Aufwand getragen werden.*

*Die Grünen stimmen der Vorlage zu.*

*Thomas Wüthrich  
Fraktionspräsident Grüne*

**Markus Wanner**

*Die SP-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen.*

*Auf drei Punkte möchten wir aber schon speziell hinweisen.*

**Schulraumbedarf**

*Wie lange reicht das Raumangebot für den Tageshort und den Mittagstisch?*

*Die Primarschulpflege geht davon aus, dass bei einer jährlichen Steigerung der Nachfrage von 15 % im Hort und Mittagstischbereich der gesamte Schulraumbedarf für die nächsten Jahre reicht. Dies auch unter Berücksichtigung, dass das Schulhaus Krämeracker 2 in den nächsten Jahren noch nicht bezugsbereit ist. Wir erwarten, dass zumindest diese Schulraumplanung jetzt stimmt, und nicht, dass wir in Kürze über einen Antrag über zusätzlichen Schulraum in Niederuster beschliessen müssen.*

**Energiestandard**

*Die Sanierung ist jetzt schon sehr teuer. Das Gebäude so zu sanieren, dass es einem Minergiestandard entspricht, sei praktisch nicht möglich. Wir bedauern das sehr. Wir sind der Meinung, dass in Zukunft bei Neubauten und Sanierungen alles daran gesetzt werden muss, dass die städtischen Liegenschaften einem Minergiestandard entsprechen. Auch wenn das zu Mehrkosten führt.*

**Liegenschaftenunterhalt**

*Im Antrag heisst es: „Die Liegenschaft wurde über Jahrzehnte nicht mehr genügend Instand gehalten“. Das ist beinahe ein Standardsatz bei jedem Liegenschaftengeschäft. Es kann doch einfach nicht sein, dass Jahr für Jahr im Liegenschaftenunterhalt in Anführungszeichen gespart wird, um dann bei jeder Sanierung hohe Mehrkosten zu genehmigen, weil die Liegenschaft verlottert. Nachhaltig ist, wenn wir jährlich genügend Geld in den Liegenschaftenunterhalt investieren. Das sollte sich der Gemeinderat bei der nächsten Budgetkürzung wieder in Erinnerung rufen. Wir von der SP-Fraktion werden auf dieses Thema im Dezember, bei der Budgetdebatte, wieder zurückkommen.*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

1. **Der Baukredit von 1'980'000 Franken inkl. MWST für das Projekt Seestrasse 107, Bereitstellen Schulraum Primarschule inkl. Fassadensanierung, der städt. Parzelle Nr. C 2717 mit 1013 m2 wird genehmigt.**
2. **Die Liegenschaft wird nach erfolgter Realisierung vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen verschoben, dies zu einem Gesamtwert von ca. 3'009'000 Franken inkl. MWST (Buchwert aktuell: 1'029'000 Franken und Baukosten der Sanierung: ca. 1'980'000 Franken).**
3. **Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel allenfalls auf dem Darlehensweg zu beschaffen.**
4. **Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.**

**8 Zwischenbericht zur Motion Nr. 572 der Ratsmitglieder Marianne Siegrist, Balthasar Thalmann, Walter Meier und Werner Hürlimann betreffend «Einheitsgemeinde für Uster»**

**Walter Meier**

*Sehr geehrter Präsident  
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*Es war allen Beteiligten bewusst, dass die Motion 572 nicht in der von der Geschäftsordnung des Gemeinderats vorgesehenen Frist behandelt werden kann. Trotzdem haben der Stadtrat und die Sekundarschulpflege die wahrlich nicht einfache Aufgabe angepackt. Besten Dank.*

*Dank einem externen Berater war es möglich, mit allen Akteuren Gespräche zu führen und herauszufinden, wo die eigentlichen Stolpersteine auf dem Weg zur Einheitsgemeinde sind.*

*Handlungsbedarf hat vor allem die Sekundarschulpflege Uster – der Sekundarschul-Gemeinde könnte es blühen, die „ordentliche“ Gemeindeorganisation einzuführen, d.h. mit Gemeindeversammlung.*

*Aber auch die Stadt Uster kann ohne die Gebietbereinigung die Einheitsgemeinde nicht vollziehen, was jedes Jahr Geld kostet, weil die Einsparungen durch die Synergie-Effekte, welche eine Fusion der Schulgemeinden mit sich bringen würde, nicht möglich sind.*

*Anlässlich des Workshops vom 28. Oktober 2010 zum Thema „Bildung einer Einheitsgemeinde“ wurde ein Stimmungsbild unter den Anwesenden erhoben. Dabei ging klar hervor, dass die Vertreter aus Greifensee am liebsten eine Vergrösserung der Gemeinde Greifensee um den Ortsteil Nänikon hätten und allenfalls mit einem Schulvertrag Nänikon leben könnten. Alle anderen Varianten waren für sie kein Thema.*

*Etwas erstaunt hat mich dabei, dass das Thema Einheitsgemeinde – und damit auch finanzielle Einsparungen im Bereich Schulverwaltung – für die Gemeindeverteter aus Greifensee kein Thema sind.*

*Der Zwischenbericht des Stadtrates zeigt das weitere Vorgehen auf, ein anderes Vorgehen ist – falls die Einheitsgemeinde angestrebt werden soll – nicht möglich.*

*Die GLP/EVP-Fraktion stimmt dem Zwischenbericht zu.*

*Allerdings wird der Sekundarschulpflege zu Punkt 3 dringend ans Herz gelegt:*

- 1. Das Modell 1 ist vorzuziehen, weil es auf Seiten Greifensee die einzig mögliche Handlungsweise ist. Ich bin mir bewusst, dass die Sekundarschulpflege Uster das Modell 2 vorziehen würde und dies aus durchaus verständlichen Gründen. Wenn die Sekundarschulpflege weiterhin das Modell 2 favorisiert, gefährdet sie den ganzen Prozess und dies nicht zum ersten Mal.*
- 2. Der Gemeinde Greifensee ist ein solches Schulgeld für die Näniker Schülerinnen und Schüler zuzusichern, dass das Modell 1 für sie finanziell attraktiv wird. Freiwillig und ohne finanziellen Anreiz wird die Gemeinde Greifensee nicht in Verhandlungen eintreten. Ebenso wird auch keine Volksabstimmung in Greifensee zu gewinnen sein. Auch hier: Sollte die Sekundarschulpflege nicht so handeln, wird sie den Prozess gefährden.*

*Walter Meier, GR*

**Rolf Denzler** ergreift das Wort. Bezüglich das Vorgehen führt er u.a. aus, dass es um Entscheide zwischen den Gemeinden Uster und Greifensee geht und es ist nicht Sache der Schulen. Der Kanton wird sicherlich nicht über die Gemeinden hinweg bestimmen, die Gemeindeautonomie wird sicherlich gewahrt bleiben, es erübrigt sich daher ein vorauseilender Gehorsam. Die Einheitsgemeinde kommt trotz Erheblicherklärung der Motion nicht weiter. Ein Beschlussesentwurf seitens des Stadtrates liegt nicht vor. Der durchgeführte Workshop brachte keine mehrheitsfähige Lösung. Man müsste sich eingestehen, dass die Einheitsgemeinde gescheitert ist. Der Vorschlag des Stadtrates wirkt hoffnungslos, er ist zudem nicht der richtige Weg. Die Verhandlungen der Sekundarstufe Uster mit Nänikon-Greifensee werden erfolglos bleiben. Wir von Nänikon werden Thomas Pedrazzoli aber dennoch höflich empfangen und gespannt sein auf sein Angebot. Wir Näniker wollen aber bezüglich der Oberstufe keine Veränderung. Die erwähnten Einsparungen werden zudem bezweifelt. Nänikon-Greifensee hat schlanke und einfache Strukturen.

### **Ruedi Gysi**

*Herr Gemeinderatspräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren*

*Der Stadtrat empfiehlt in seinem Zwischenbericht dass der Gemeinderat die Sekundarschulpflege beauftragen soll mit der Oberstufenschulpflege Greifensee konkrete Verhandlungen über eine Einheitsgemeinde zu führen. Ebenfalls sei eine Gebietsbereinigung vorzunehmen und neben einem Beschulungsvertrag auch eine Neuregelung der Eigentumsverhältnisse an der Schulanlage Wüeri zu planen.*

*Die SVP/EDU Fraktion konnte sich nicht zu einer einheitlichen Meinung durchringen.*

*In der Diskussion wurden Argumente angeführt die für eine Belassung des jetzigen Zustandes sprechen.*

*Ein Teil der Fraktionsmitglieder wünscht aber, dass die Sekundarstufe das Gespräch sucht, denn nur so können alle Meinungen eingeholt werden. In erster Linie muss es eigentlich um das Wohl der Schüler gehen und um das herauszufinden sind Verhandlungen unumgänglich.*

*Die SVP/EDU Fraktion stellte sich nicht vorbehaltlos zu diesem Zwischenbericht und wie schon bei der Motion war man sich nicht ganz einig. Die Fraktion wird diesem Bericht nicht geschlossen zustimmen*

*21. März 2011, Ruedi Gysi, SVP Gemeinderat*

### **Cla Famos**

*Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende*

*Die FDP/JFU/CVP-Fraktion nimmt Kenntnis vom Zwischenbericht und wird die Anträge des Stadtrates und der Sekundarschulpflege unterstützen.*

*Wir gehen mit dem Stadtrat und der Sekundarschulpflege Uster einig, dass rein sachlich betrachtet das Modell 2 (Beschulungsvertrag für die Schüler von Greifensee im Schulhaus Wüeri) zu befürworten wäre. Modell 1 (Beschulungsvertrag für die Näniker und Werriker Schüler in einem von der Sekundarschulgemeinde Greifensee geführten Schulhaus Wüeri) führt zu einer neuen Anomalie, da damit ein Schulhaus extraterritorial betrieben würde. Modell 2 wäre also eigentlich logisch, ein Beharren auf diesem Modell würde aber wohl die Verhandlungen scheitern lassen.*

*Lässt man wie vom Stadtrat vorgeschlagen offen, welches Modell weiterverfolgt werden soll, wird dies mit grosser Wahrscheinlichkeit Modell 1 (Schulvertrag für Nänikon) sein.*

*Wir favorisieren klar Modell 2 (Schulvertrag für Greifensee) und sind noch skeptisch, ob eine akzeptable Variante mit Modell 1 erarbeitet werden kann, welche das Problem der Mitbestimmung befriedigend regelt. Um die Verhandlungen nicht frühzeitig zu gefährden, soll die Sekundarschulpflege Uster aber die Freiheit haben, beide Modelle zu diskutieren. Wir vertrauen darauf, dass die Sekundarschulpflege Uster die Interessen der Stadt Uster und insbesondere auch die langfristigen Interessen der Näniker gut vertreten wird.*

*Es ist wichtig, dass nun die Sekundarschulpflege Uster den Lead bei dieser Diskussion hat. Der Stadtrat Uster soll deshalb entlastet werden. So können auch die Verhandlungen vereinfacht werden, welche die Sekundarschulpflege Uster nun direkt mit der Oberstufenschulpflege Nänikon-Greifensee führen soll.*

*Wichtig ist für uns das langfristige Ziel: Eine neue Regelung muss den verfassungsmässigen Anforderungen genügen, muss zu einer Vereinfachung der Strukturen führen, muss eine faire Lösung der Beschulungsfrage und der Kosten enthalten und sie muss einen optimalen Schulbetrieb zum Wohle unserer Kinder gewährleisten.*

*Uster, 18. März 2011  
Cla Famos*

### **Simone Michel**

*„Gut Ding will Weile haben“ scheint es. Am 19.1.09 wurde im Rat die Motion überwiesen, zu welcher wir heute einen Zwischenbericht vorliegend haben. Zwei mögliche Modelle, wie vorzugehen ist, schlagen SR und Sek.-Schulpflege vor. Beide Vertrags-Modelle sind für uns Grüne denkbar. Denn beide Modelle scheinen die Anliegen von Greifensee und Uster mitberücksichtigen zu können: Für Greifensee: Die Aussenwacht Nänikon bildet seit Jahr und Tag mit der geographisch näher gelegenen Gemeinde Greifensee eine Sekundarstufeneinheit. Das ist historisch aus nahe liegenden Gründen so gewachsen und soweit sinnvoll.*

*Für Uster: Uster hingegen strebt eine Einheitsgemeinde an, in welcher die gesamte Volksschule in die politische Gemeinde integriert ist, mit dem Ziel, damit die Strukturen zu vereinheitlichen und vereinfachen und somit kürzere Entscheidungswege zu haben.*

*Und wie ich vor mehr als 2 Jahren hier in diesem Rat schonmals gesagt habe: Wie auch immer der schlussendlich ausgehandelte Vertrag mit Greifensee aussieht, oberste Priorität haben die SekundarschülerInnen beider Gemeinden. Es darf nicht passieren, dass die SchülerInnen, für welche wir ja eine optimale Schulsituation wollen, wegen solchen Querelen zwischen den Gemeinden Verlegungen in andere Schulhäuser o.ä. missliche Situationen erdulden müssen. Im Gegenteil sollen sie von der Einheitsgemeinde insofern profitieren, dass die PS und Sek. zu einer Gesamtschule zusammengelegt werden, mit allen schon erwähnten erhofften Vorteilen.*

*Wir Grünen legen dem SR und der Sek.-Schulpflege ans Herz, vorwärts zu machen. Die FDP, welche in Uster eine Vertreterin und einen Vertreter aus beiden Gremien als Verhandlungspartner ins Rennen schickt, kann nun ihr Verhandlungsgeschick beweisen. Wir wollen nach Möglichkeit in Bälde einem für alle Seiten befriedigenden Vertrag zustimmen können. Ganz nach dem Motto „Leistung muss sich lohnen“ und Leistung ist ja bekanntlich Arbeit pro Zeit.*

*Wir Grünen nehmen Kenntnis vom Zwischenbericht und stimmen der Ziffer 2 zu und wünschen uns ganz leistungsbewusst, nicht mehr so lange auf den Beschlussesentwurf warten zu müssen...*

*Simone Michel*

### **Balthasar Thalmann**

*Herr Präsident, geschätzte Anwesende*

*Mit händs vor emene Jahr scho gseit und chönds hüt namal säge: d' SP-Fraktion isch froh, dass es mit de Gspröch über d' Einheitsgmeind wiitergaat. Di umfassend Arbet, wo im letschte Jahr gleischtet worde isch, hät hoffentlich dadezu biitreit, dass Berüerigsängscht zwüsched de verschiedene betroffene Behördene e chli abbout worde isch.*

*De Stadtrat und d'Sekundarschuelpfläg wänd vo eus hüt also de Säge abhole, dass vorerscht mal nur na über de erschti Punkt vo eusere Motion wiiterverhandelt wärde söll. Mir stimmet dem zu – au wänn für eus klar isch, dass s'Ziel vo Enheitsgmeind und dä Zsämmfüerig vo Primarschuel und Sek immer na s'richtige isch. Aber de ganz gross Brocke isch ja di nötig Gebietsbereinigung wo's bruucht. De Bricht, wo dem Antrag z'Grund liit, zeigt die verschiedene Optione schön uuf.*

*Das, wo dä Stadtrat und d'Sek vorschlönd, isch für eus als SP-Fraktion tiptop. Für eus spillt's nöd sone verruckti Rolle, öb am Ändi s'Modell 1 oder s'Modell 2 zum Flüüge chunnt. Dä Schüelerinne und Schüeler von Nänike und von Gryffesee chan sicher bi de Umsetzig von beedne Modäll e gueti Schuelbildig garantiert wärde.*

*Wie gseit, für eus stahnt ganz klar im Vordergrund, dass e tragfähigi Lösig dä Stimmberechtigte vo de Sek Uschter und de Oberstufe Nänike-Gryffesee vorgleit wird. Mir sind eus bewusst, dass das Ziiit und vor allem vill Fingerspitzegefühl bruucht. Und nöd zletscht müend mer eus au bewusst sii, dass bi Änderige vo Gebietsabgränzige d'Bevölkerig meischtens vill weniger Müe hät, als d'Lüüt, wo i de politische Gremie iibunde sind. Drum meine mir, dass unbedingt e Vorlag z'standcho muess. Villicht könnntis ja au no es Szenario gä, dass zwei Variante de Stimmberechtigte vorgschlage wird.*

*De Sek Uschter und de Oberstufeschuelpfläg Nänike-Gryffesee stahnt e sachlich und politisch nöd eifachi Uufgab bivor. Mir hoffed, dass di wiitere Verhandlige vorwärtstribbe wärde chönd. Dadezue wünschted mir vill Energie und Muet. Me gits zum hütige Ziiitpunkt nöd zsäge. Em Aatrag stimmed mir zu.*

*Besten Dank.*

*Balthasar Thalmann*

**Stadtpräsident Martin Bornhauser** ergreift das Wort und führt aus, dass man sich beinahe die Zähne ausgebissen hat an der Übung, aber das ist insofern gar nicht schlecht, denn alle identifizieren sich an ihrer Gemeinde, was ein gutes Zeichen ist. Es ist zudem gut, wenn der Kreis der Verhandelnden auf die Sekundarstufe und Greifensee reduziert werden kann, ein entpolitisieren ist förderlich. Das Gemeindegesetz sieht klar vor, dass diejenigen Gemeinden mit einer parlamentarischen Organisation nur als Einheitsgemeinden fungieren können. Das neue Gemeindegesetz ist in der Vernehmlassung. Es wird 2014 rechtskräftig sein. Danach gibt es noch eine Vollstreckungsfrist von 4 Jahren. Uster muss also 2018 eine Einheitsgemeinde sein. Sollte diese Pendeuz nicht erledigt sein kommt der Kanton und drückt uns eine Lösung auf. Man möchte also lieber selber eine massgeschneiderte Lösung entwerfen. Es ist sicherlich nicht einfach mit den Nänikern zu verhandeln, man wünscht Thomas Pedrazzoli viel Glück dabei. Dass es nun nur zwei Lösungen zur Diskussion gibt, macht die Sache sicher einfacher und das ist wichtig.

**Regula Trüeb** führt als Nänikerin und als Replik auf Rolf Denzler folgendes aus: Sie arbeitet schon lange in der Bildungspolitik und wünscht sich nichts sehnlicher, als dass eine Einheitsgemeinde kommt, dass die Schule als Einheit angeschaut werden kann, vom Kindergarten bis zur Oberstufe. Sie hat Verständnis für die Oberstufe Nänikon-Greifensee, dass sie keinen Handlungsbedarf sieht, aber es gibt Vorteile für die Lernenden, die Eltern der Lernenden, usw. Es ist wichtig, dass die Kinder weiterhin im Schulhaus Wüeri zur Schule gehen können. Man könnte kleinere Sekundarschul-Klassen machen, da diese jetzt zu gross sind, das Freizeitangebot könnte besser gemacht werden, die Zusammenarbeit mit der Primarschule verbessert werden, mit bereinigten Strukturen wäre alles einfacher, die Verbesserungen würden gleichermassen den Kindern und Lehrpersonen zugute kommen. Sie wünscht Thomas Pedrazzoli viel Sensibilität für die Verhandlungen. Es gibt in Nänikon auch offene Leute dem Thema gegenüber.

**Thomas Pedrazzoli** bedankt sich für die guten Wünsche. Er freut sich auf die angehenden Verhandlungen und sichert ein entsprechendes Engagement zu.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 30 : 3 Stimmen**

**den Zwischenbericht gutzuheissen.**

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 9. Mai 2011 statt.

Schluss der Sitzung 20.30 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin  
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident  
Jean-François Rossier

Datum Die Stimmzähler

Walter Meier

Simone Michel

Bruno Modolo